Nr. 275 Montag, den 25. November 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Postscheckkonto 14342 Amt Hannover

Keine Diktatur Berlins. — Ein entschiedener Protest Deutschlands.

Wirkliche Volksregierung oder Kündigung des Waffenstillstandes.

cb. Hamburg, 25. Nov. Präsident Wilson hat durch Vermittlung einer neutralen Regierung der Berliner Regierung mitteilen lassen: Er warne entschieden davor, in Berlin Unruhen zu dulden oder einen neuen Vertreter der Moskauer Sowjetregierung für Berlin zuzulassen, da die Entente entschlossen sei, den Waffenstillstand zu kündigen bezw. nicht mehr zu verlängern, wenn diese Warnung kein Gehör finden werde.

•

cb. Zürich, 25. Nov. Der Corriere della Sera meldet aus Paris: Die bolschewistischen Vorgänge in Deutschland dürften die Alliierten in aller Kürze zu weiteren Forderungen zwingen.

•

...rein verhandeln mit den ASR.

Haag, 23. Nov. Die „Daily News" schreiben, die Entente würde auf keinen Fall mit den deutschen ASR verhandeln. Wenn innerhalb der nächsten vier Wochen keine gesetzmäßige Regierung Deutschlands vorhanden sei, käme die Kündigung des Waffenstillstandes in Frage.

Angeb...liche amerikanische Feststellungen.

Haag, 23. Nov. Der Pariser „Matin" meldet aus New-York, daß Deutschland auf amerikanischen Feststellungen nicht vor dem 1. April 1919 die amerikanischen Lebensmittel notwendig habe. Überdies habe [illegible] die Vereinigten Staaten erklärt, in dieser Angelegenheit nur im Einverständnis mit den anderen verbündeten Ländern zu verfahren.

Friedenskonferenz nicht vor Neujahr.

Basel, 23. Nov. Die italienische Agentur Volta berichtet, daß die Friedenskonferenz nicht vor Neujahr beginne. Die Sitzungen in Versailles bezwecken die Festsetzung der Punkte des gemeinsamen Programmes, das die Entente verwirklichen wolle.

•

Amerika baut weiter an der Flotte.

Washington, 23. Nov. Der Marinekommission des Repräsentantenhauses wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im Jahre 1920 doppelt so stark sein werde, wie im Jahre 1917. Sie wird aus 800 Schiffen bestehen.

Washington, 23. Nov. Mac Adoo hat seine Entlassung als Schatzsekretär und Generaldirektor der Eisenbahner genommen.

Amerikas Schiffsverluste im Kriege.

Washington, 23. Nov. Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354 449 Tonnen Schiffsraum durch feindliche Tätigkeit vom Beginn des Krieges bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. 19 Schiffe gingen durch Torpedos, Minen und Geschützfeuer vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

Ein deutscher Protest.

Entschiedene Sprache an die Gegner.

wtb. Berlin, 24. Nov. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an den Präsidenten Wilson gewandt. Anstelle des erwarteten, von den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und von dem Wunsche einer künftigen Versöhnung der Völker getragenen Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Vernichtung geworden.

Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht einen Schritt zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen, sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine Volksdemokratisierung unmöglich machen, sie wollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dies der Menschlichkeit hohnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet worden sein, dem deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unsern Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhaltig ist, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht mehr beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes. Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über den Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk den Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gehetzten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung der unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für eine Fortsetzung des Krieges. Da der Friede als Rechtsfriede abgeschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung muß diesen von dem Präsidenten aufgestellten Grundsätzen gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßnahmen ebenso wie das Verfahren in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen in nichtdeutschen Bestandteilen des ehemaligen Oesterreich-Ungarn gegen die Deutschen nichts weiteres sind, als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen. Gegenüber all diesen Versuchen sowie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung den schärfsten Protest ein. Aus der Gesinnung, die aus solchem Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, es wird nicht aufhören zu leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, 23. Nov. 1918. gez. Solf.

•

Die Erkenntnis, daß unsere rachedürstenden Gegner mit allem Willen nach Gründen zur Fortsetzung des Krieges suchen, scheint leider Tatsache zu sein. Man sucht anscheinend Vorwände zur weiteren Annektierung deutschen Landes. Damit erklärt sich auch die Taubheit gegen alle Notrufe der deutschen Regierung.

Zentrumsaufruf für einen Vorfrieden.

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen, sein Ziel ist die möglichst rasche Herbeiführung des Friedens. Die Härte seiner Bedingungen können wir nur ahnen, aber er muß bald kommen. Der Friede muß die Neuordnung der Welt bringen. Er wird ein Riesenwerk bedeuten bei größter Kraftanstrengung, das Monate beanspruchen wird. Solange Zeit kann weder das deutsche Volk noch die Welt warten. Das Gebot der Stunde ist daher, sofort einen Vorfrieden zu schließen. Dieses fordert die Menschlichkeit, die Kultur, die Volkswohlfahrt, die Existenz Europas. Die Grundlagen für den Vorfrieden sind da, es sind 14 Punkte Wilsons, die von beiden Parteien im Prinzip angenommen worden sind. Die Punkte, über die innerhalb der Entente Meinungsverschiedenheiten zu bestehen scheinen, können für den allgemeinen Frieden zurückgestellt werden. Ueber die Lebensfrage Deutschlands aber muß sofort Klarheit geschaffen werden.

Das kann nur durch einen Vorfrieden geschehen. Die deutsche Regierung hat den Feind am zweiten Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes (13. November) um den Abschluß eines Vorfriedens ersucht. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen. Deutsches Volk, bist du zu einem guten Teil daran nicht selbst schuldig? Wo ist dein von allen Bevölkerungsschichten aufgenommener, von Tag zu Tag sich wiederholender Ruf nach dem Vorfrieden? Einem Ruf von 70 Millionen Menschen kann auch eine Welt von Feinden nicht widerstehen. Alle neutralen Völker werden sich diesem Schrei nach dem Vorfrieden anschließen. Sie alle wissen, daß ein allzulanger Waffenstillstand mit unerhörten Bedingungen, wie sie in der Kriegsgeschichte einzig dastehen, zahllose Frauen und Kinder weiterhin sterben lassen wird, von Tag zu Tag neue Unordnung über Deutschland bringt und ein so schaffensfrohes und arbeitsames Volk wie das deutsche Volk der Vernichtung preisgegeben wird.

Darum, Parteifreunde, erhebt Euch, stellt den Vorfrieden in die Mitte Eures Denkens und Handelns, laßt uns immer und immer wieder den Ruf nach dem Weltfrieden der Versöhnung und Verständigung erheben. Was würde der Vorfriede uns bringen? Er muß die Hungerblockade aufheben, den wirtschaftlichen Wiederaufbau des neuen deutschen Reiches voll verbürgen, unsere Gefangenen zurückführen und zahllose Wunden heilen, die der Krieg uns schlug. Schwere Opfer werden wir bringen müssen, das ist klar, aber sie müssen mannhaft ertragen werden. Ein schleuniger Vorfriede allein kann uns den Wiederbeginn eines erträglichen Daseins und eine durch Arbeit gesicherte Zukunft gewährleisten. Jeder Tag des jetzigen Zustandes, jede Woche der Verlängerung des Waffenstillstandes bedeutet für uns einen unersetzlichen und ungeheuren Verlust.

Darum, Parteifreunde, tretet geschlossen und restlos ein für den Vorfrieden, tretet damit ein für Brot.

Das Geheimnis der Kraft.

Von einem deutschen Auslandspolitiker wird uns geschrieben:

Mit der gleichen ruhigen Sicherheit, mit der sie in den Krieg hineingegangen und auch über seine kritischsten Stadien Sieger geblieben sind, schreiten die britischen Staatsmänner jetzt dem Frieden entgegen. Sie bleiben kalt und überlegsam auch im Angesicht des größten Triumphes, der ihnen nicht mehr entgehen kann, und vergessen darüber keinen Augenblick, daß er für England, für das noch größer, noch mächtiger gewordene England keineswegs das Ende aller Dinge bedeutet. Ihre Gedanken schweifen schon in die kommende Friedenszeit und suchen das Volk vorzubereiten auf die neue Lage, die es dann vorfinden wird.

Und was bereitet ihnen Sorge, wo setzen sie den Hebel ihrer Staatskunst an, um dem Lande die Früchte des glücklichen Kriegsausganges zu sichern?

Nichts fürchten sie so sehr wie Uneinigkeit der Parteien, wie Entfesselung von Zank und Streit im Volke. Lloyd George, dem unbestritten gebliebenen Diktator des Landes, war es gelungen, den Ruf nach allgemeinen Wahlen zum Parlament immer wieder zu ersticken. Die unumschränkten Vollmachten, die er besaß, wollte er unter keinen Umständen in Frage stellen, solange der Waffengang auf dem Festlande noch nicht entschieden war. Jetzt ist es so weit. Ohne einen Augenblick zu zögern, wird daraufhin das Unterhaus vertagt und aufgelöst und die Regierung tritt in den Wahlkampf ein, der ihr, nach den ungeheuren Erfolgen, die sie errungen hat, gewiß keine Sorge zu machen braucht. Aber trotzdem: nichts liegt ihren führenden Männern ferner als die Zügel etwa am Boden schleifen zu lassen. Regieren heißt ihnen führen, bestimmen, lenken, leiten. Und so erklären Lloyd George und Balfour in einem gemeinsamen Wahlprogramm, mit dem sie vor ihre Anhänger hintreten: über die wichtigen Fragen, die der Krieg hinterläßt, muß mit der Einmütigkeit, die im Kriege das Geheimnis der Kraft des englischen Volkes gewesen ist, verhandelt werden.

Das Geheimnis der Kraft! Also nicht in der Überlegenheit des Menschenmaterials, der großen und kleinen Kriegsmaschinen, der goldenen Kugeln, suchen diese beiden erfahrenen Sachkenner die Ursache ihres Sieges, sondern in dem unerschüttert gebliebenen Zusammenhalt aller Klassen und Parteien untereinander und mit den bürgerlichen und militärischen Führern des Volkes, in dem zielbewußt aufrechterhaltenen Vertrauen zu den Einrichtungen des Landes, zu der Selbstlosigkeit seiner maßgebenden Kreise, zu der unbedingten und alles andere weit überragenden Notwendigkeit des Sieges. Und damit nicht genug. Wer etwa geglaubt haben sollte, alsbald nach dem Kriege dafür um so ungenierter hinter einseitigen Parteizielen herlaufen zu können, dem wird sofort bedeutet, daß er sich auf dem Holzwege befindet. Kann man wissen, wie die bisherigen Verbündeten miteinander auskommen werden, wenn die Waffen schweigen? Kann man wissen, ob Partei- und Klassenhaß nicht wieder Katastrophen würden, was im Kriege für die Bereicherung des zerstörten Volkes, des Mutterlandes wie seiner Kolonien, englisches Blut an schweren Opfern errungen wurde? Der kluge Mann baut vor, und so wird, kaum daß der Wahlfeldzug begonnen hat, die Losung ausgegeben: Bleibt einig und immer wieder einig, wenn ihr nicht wollt, daß die Gesamtheit Schaden leidet. Das gilt namentlich für die mit deutlich vernehmbarem Murren zwar, Arbeiter, die sich, wenn auch willig allen Kriegsnotwendigkeiten aber doch immer wieder wohl am ungeduldigsten nach Ergefügt haben und jetzt [illegible] lichen und politischen Macht verweiterung ihrer wirtschaftlichen wird ihre Lage verbessern langen werden. Gewiß, mit Beendigung des Krieges es und erleichtern, so weit die [illegible] wird ihnen entschiedener irgend erlaubt. Aber nichts verwehrt werden, als ein Umsturz der überlieferten Ordnung in Staat und Gesellschaft, auch nur der Vorwand, den Wahlkampf für etwelche umwälzenden Zwecke zu mißbrauchen, würde von der Regierung mit Entschlossenheit unterdrückt werden. Lloyd George ist kein Mann leerer Worte. Wenn er die Erhaltung der Einmütigkeit des Volkes als sein Programm bezeichnet, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß er sie gegen nationale wie gegen internationale Störungen jeder Art unter allen Umständen schützen wird. Er fürchtet sich nicht vor dem Ruf ein mittelalterlicher Reaktionär zu sein, noch weniger vor der Schande, die Interessen seines Landes wichtiger zu nehmen als Forderungen der Menschheit, der Völkergemeinschaft. „England, England über alles, über alles in der Welt!" — Das war, das ist und das bleibt der Wahlspruch jedes britischen Staatsmannes, und man muß schon sagen, daß er sich in der vielhundertjährigen Geschichte dieses Reiches bewährt hat.

Als am letzten Donnerstag die internierten Engländer in Ruhleben befreit und in die Heimat entlassen wurden, bereitete man ihnen eine Abschiedsfeier und versicherte, daß nun nach der inneren Befreiung Deutschlands und nach der Beendigung des Krieges, die Zeit für eine Verbrüderung beider Völker gekommen sei. An demselben

Tage, vielleicht in derselben Stunde kündigte die britische Regierung im Unterhause die Einbringung einer Gesetzesvorlage an, die ihr absolute Vollmachten für die Regelung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege, für die Zulassung oder Fernhaltung von Ausländern gewähren soll. Un[der] Minister fügte hinzu: ich persönlich bin der Ansicht, daß wir auch nach dem Kriege keinen Deutschen in unserem Lande zulassen werden. So regieren englische Staatsmänner und so bewahren sie das Geheimnis ihrer Kraft!

Keine Diktatur Berlins.

Ebert für ein demokratisches einheitliches Deutschland.

Berlin, 23. November.

Der starke Widerspruch aus den Einzelstaaten gegen eine Berliner Willkürregierung, der auch die geharnischte Note Hessens an die Reichsregierung hervorrief, hat diese zu einer Erklärung veranlaßt. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Ullrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf ernste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands."

Mittlerweile sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat des Berliner ASR zu einer Vereinbarung gediehen, als deren Resultat amtlich folgendes bekanntgegeben wird:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der ASR der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und aufzubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten. 2. Bis eine Delegiertenversammlung der ASR einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der ASR der deutschen Republik im Einverständnis mit den ASR von Groß-Berlin aus. 3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den ASR von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik. 4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Preußens, erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht. 5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Diese Vereinbarung bedeutet also tatsächlich die vorläufige Vorherrschaft der ASR, wenn auch die Übertragung der Ausführungsgewalt an die Volksbeauftragten festgelegt ist. Der Berliner Vollzugsausschuß nimmt tatsächlich die Rechte einer Volksvertretung des ganzen Reiches für sich in Anspruch. Daß dieser Zustand nicht haltbar ist, hat man wohl eingesehen. Deshalb will man Mitte nächsten Monats eine Delegiertenversammlung der ASR des ganzen Reiches in Berlin zusammenberufen, die einen Zentralrat wählen soll, der dann den neuen Vollzugsausschuß ernennen soll. Damit wäre die Gefahr des Überwucherns Berliner Einflüsse im Vollzugsausschuß beseitigt. Freilich hätte auch dieser Vollzugsausschuß schwerlich die Berechtigung, sich als Volksvertretung zu fühlen. Das könnte nur die Nationalversammlung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung

und gegen jede Diktatur treten in veröffentlichten Beschlüssen ein die Soldatenräte in Kowno, Königsberg, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M., der 4. Armee u. a. Sie protestieren allesamt, die Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, zu einem Organ des Vollzugsrates der Berliner ASR zu machen und fordern einmütig die Nationalversammlung. Amtlich wird ferner mitgeteilt, daß die Badische Vorläufige Volksregierung auf der Konferenz mit der Reichsregierung sich entschieden für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einsetzen wird. Baden wird auf der Konferenz durch den Ministerpräsidenten Geiß und den Minister des Innern Haas vertreten sein.

Bevorstehende Proklamation über die zukünftige Politik.

Berlin, 23. Nov. Die jetzige Regierung beabsichtigt sicherem Vernehmen nach für Montag die Veröffentlichung einer ausführlichen Proklamation, die ihre wirtschaftlichen und politischen Pläne für die Zukunft bekanntgeben soll.

Unser Schiffsmaterial „in Verwahrung" der Entente.

Berlin, 23. Nov. Wie von einem Teilnehmer berichtet wird, tagte vom 20. bis 22. November die Kommission zur Überwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf maritimem Gebiete in Antwerpen. Hierbei wurde von deutscher Seite der Auffassung des § 28 des Waffenstillstandsvertrages dahin Ausdruck gegeben, daß sämtliche übernommenen Schiffe, Werkstätten und alles Material von uns an Ort und Stelle gelassen und von der Entente in Verwahrung genommen werde. Der englische Admiral stimmte dieser Auffassung zu, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung bei der Friedenskonferenz liegen würde.

Eine unabhängige süddeutsche Republik?

Berlin, 23. Nov. Wie verlautet, hoffen die am Montag in Berlin eintreffenden Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens auf eine Verständigung mit der Berliner Regierung. Diese Hoffnung wird hier geteilt. Sollte es aber nicht gelingen, eine Einigung zu erzielen, seien die süddeutschen Vertreter fest entschlossen, zur Errichtung einer selbständigen, von Berlin unabhängigen Republik zu schreiten.

Forderungen des ersten brandenburgischen Bauernrates.

Berlin, 23. Nov. Der 1. Bauernrat in der Mark Brandenburg hat sich in Bredereiche gebildet. Er fordert 1. bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel. 2. Eine Bauernwehr im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Volksernährung. 3. Mitwirkung der Bauernräte bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens. 4. Mitarbeit in der Überführung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in den Besitz von Bauern. 5. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die bisherige Schonung der Großgrundbesitzer bei der Abgabe von Lebensmitteln. Vieh usw.

Der weitere Rückmarsch.

Zunehmende Schwierigkeiten der deutschen Truppen.

Foch will unsere Zertrümmerung.

Die Behauptung, daß die Franzosen krampfhaft nach einem Grund suchen, um die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, scheint leider, wie von zuständiger Seite erklärt wird, Tatsache zu werden. Schon hat die Reichsleitung nochmals ausdrücklich Befehl gegeben, sich auf kein Gefecht mit den Franzosen einzulassen, selbst wenn diese schießen. Die französischen Generale wollen jeden Verzug in der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mit der Kündigung des Waffenstillstandes beantworten, trotzdem die deutsche Heeresleitung sich die denkbar größte Mühe gibt, alle Bedingungen so gut und so schnell es geht, zu erfüllen. Ein mäßigender Einfluß, der von den französischen Sozialisten ausgeübt würde, ist nicht zu bemerken, jedenfalls setzt er sich nicht durch.

Unsere Westarmee zieht sich unaufhaltsam weiter zurück, wobei naturgemäß die Schwierigkeiten wachsen. Unter den geschlossenen Formationen herrscht durchweg musterhafte Ordnung. Zur Ausübung des Grenzschutzes gegen Übergriffe belgischer Plünderer und deutscher Marodeure wird, nachdem die letzten deutschen Truppen die Grenzgegend verlassen haben, eine starke Grenzwache aus entlassenen Heeresangehörigen gebildet.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall Hindenburg hat ein Telegramm an die Reichsleitung gerichtet, worin er sagt: „Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtstitel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden."

Französische Machenschaften.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, an die gegnerischen Regierungen folgende Note zu richten:

Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Pruem und zwischen Merzig und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen beziehungsweise zu Luxemburg zu schlagen.

Weiter betont die Note, daß der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder nicht beachtet worden ist. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Losreißung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Eine deutsche sozialistische Armee.

Im Vollzugsrat des ASR wird zurzeit der Plan für die Bildung einer deutschen sozialistischen Armee ausgearbeitet. Die Armee soll in Mannschaften und Führer zerfallen, wobei die Führer gewählt werden. Für den Dienst ist militärische Disziplin vorgeschrieben. Die alten Reichs- und Landeskokarden werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kokarde als Abzeichen der sozialistischen Republik. Achselstücke und Degen fallen fort. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Auch die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienste tragen. Dieses Abzeichen besteht aus einer roten Binde. Gruppenführer tragen die rote Binde ohne Streifen, Zugführer mit einem schwarzen Streifen, Kompagnieführer mit zwei schwarzen Streifen und Bataillonsführer mit drei schwarzen Streifen.

Der Papst für mildere Bedingungen.

Wie aus Rom gedrahtet wird, hat nach einer amtlichen Erklärung des Kardinal Staatssekretärs der Papst auf die Bitte des Kölner Kardinals v. Hartmann vom 14. November d. J. wegen Versorgung des Rheinlandes mit Lebensmitteln sowohl beim amerikanischen und französischen Episcopat wie auch bei der englischen Regierung sogleich entsprechende Schritte getan. Auch schon vorher hatte der Papst beim Präsidenten Wilson sich um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und um Beschaffung von Nahrungsmitteln für Deutschland bemüht.

*

Verschiedene Meldungen.

Bern, 23. Nov. Nach einer Äußerung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Heeresausschusses im Senat betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1,6 Millionen.

Genf, 23. Nov. Die französische Regierung wird am 27. Dezember einen Sonderzug von Paris abgehen lassen, um den Mitgliedern des Parlaments einen Besuch Elsaß-Lothringens zu ermöglichen. Es ist in Aussicht genommen Mülhausen, Kolmar, Straßburg und Metz zu besuchen.

Krakau, 23. Nov. Divisionsgeneral Rozwadowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen die ganze Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

Konstanz, 23. Nov. Der bekannte General Krafft v. Delmensingen wurde vom Soldatenrat in einem Hotel nahe Ulm verhaftet und nach Neu-Ulm gebracht.

München, 23. Nov. Der Fürst-Erzbischof von Prag Graf Huyn ist auf der Flucht nach der Schweiz in München eingetroffen und wohnt im Franziskaner-Kloster. Er war bisher in einem Kloster in der Oberpfalz, hat sich aber dort nicht mehr sicher gefühlt.

Wien, 23. Nov. Nach einer Meldung aus Budapest sind dort 11000 französische Soldaten, darunter auch Kolonialtruppen eingetroffen.

Bingen, 23. Nov. Bei St. Goar und im Rheingau werden Brücken über den Rhein erbaut, um dem Unfug zu steuern, daß die von der Front zurückgebrachten großen Warenmengen auf den Bahnhöfen aufgekauft werden.

Ententevormarsch in Südrußland.

Aufruf an die Bevölkerung.

Die langangekündigte Aktion der Westmächte gegen das bolschewistische Rußland scheint sich jetzt in die Tat umsetzen zu sollen.

Nach dem Moskauer amtlichen Telegraphenbureau haben die Ententemächte einen Aufruf an die Bevölkerung Südrußlands veröffentlicht, in dem bekanntgemacht wird, daß sie ihren Einzug in Südrußland vorbereiten, um in Südrußland wieder die Konstitutionen einzuführen und die Usurpatoren des Bolschewismus zunichte zu machen und die Bolschewisten und ihre beteiligten Horden vogelfrei zu erklären. Die Ententemächte erkennen in Rußland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Als solche werden freiwillige Regimenter und die Kosakenarmeen angesehen. Von allen anderen Organisationen verlangt die Entente die Herausgabe der Waffen.

Russische Kreise versichern, die Alliierten dächten trotzalledem nicht an einen Marsch nach Moskau und Petersburg, sondern beabsichtigten lediglich, die Ukraine und die benachbarten Gebiete zu einem Ausnutzungsobjekt und Stützpunkt für ihre Zwecke zu machen. Mit dem Sturze des Hetmans und nach dem Abzug der Deutschen sei dafür die Zeit reif.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Gegen rechts und links

zugleich wendet sich ein Leitaufsatz der Tgl. Rdsch., der man's nachsagen muß, daß sie zu den wenigen rechtsstehenden Blättern zählt, die das „Umlernen" ablehnen. Unter der Überschrift „In Schande und Demut" richtet sie ihre Angriffe gegen unsere Pazifisten sowohl als auch gegen die Spartakusgruppe. Als Stilprobe geben wir nur die Einleitung:

Demütig stehen wir an jedem Tag vor dem Tor der Liebe, das unsere Pazifisten um Th. Wolff (Hauptschriftleiter des Berliner Tageblatts) herum uns vier Jahre hindurch als den wahren Tempel vor Augen geführt haben — und bitten mit dem Hut in der Hand um Einlaß und sagen: Wir bekennen unsere Schuld. Wir bekennen, daß wir den Krieg begonnen, die Menschheit in den Tod gehetzt haben. Wir bekennen, doch habt Erbarmen mit uns! Nicht wir sind die Urheber, sondern die Fluchbeladenen, die wir gestürzt. Laßt uns eintreten durch das Tor und laßt uns eurer Huld empfohlen sein. So tönt's in allen Variationen vom B. T. bis zum Vorwärts. Weniger in der Freiheit (dem Organ der Unabhängigen) und gar nicht in der Roten Fahne des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg. Nicht etwa, weil sich dort mehr Gefühl der Scham bemerkbar machte. Nein, darum nicht. Sondern weil man sich bei den Unabhängigen noch nicht ganz klar ist über den Vorteil der Gnade der Entente. Herr Liebknecht gar hofft auf das strenge Nein der Alliierten, er hofft auf die Hungerpanik, darauf, daß die Leute, wie der Vorwärts einst schilderte, auf der Straße umfallen, und Pest und Seuchen im Lande wüten. Denn dann blüht nach seiner Meinung seine Giftpflanze. Denn dann ist Tod und Verderben, das Entsetzen aller gegen alle . . .

Die Zensur.

Wir lesen in der Deutschen Tageszeitung: Der Volksbeauftragte Scheidemann hat gegenüber der Presse erklärt, er wolle den Pressevertretern keine Anweisung geben, wie sie sich gegenüber etwaigen neuen Versuchen einer Pressezensur verhalten sollten; frage man ihn aber, wie er sich dazu verhalten würde, so antworte er: „Ich würde auf solche Zensurmaßnahmen pfeifen." Die Presse wird sich hoffentlich diese Erklärung allgemein zur Richtschnur nehmen. Zur Zensur gehören aber nicht nur direkte Anweisungen an die Zeitungen, sondern ebenso die Unterdrückung von Nachrichten, ehe sie an die Zeitungen gelangen. Offenbar gibt es nun regierende Stellen in Deutschland, die ihnen unbequeme Nachrichten nicht passieren lassen. Die Presse wird sich mit der Regierung auch darüber auseinandersetzen müssen.

Abfall der Rheinlande?

In einem Briefe aus Köln beschäftigt sich der Vorwärts mit der zu befürchtenden Loslösung des Rheinlands vom Reich. Es machen sich, wie er berichtet, in allen Schichten des rheinischen Bürgertums, in erster Linie jedoch in klerikalen Kreisen, ernsthafte Bestrebungen zur Gründung einer Republik Rheinland geltend. Nahrung erhalte diese Neigung zur Trennung vom Reiche durch die Vorgänge in Berlin, die den Rheinländern die bolschewistische Gefahr als sehr drohend erscheinen ließen. Wandel schaffen könne vielleicht nur noch die sofortige Festsetzung des Zeitpunktes der Wahl zur Nationalversammlung, die den Rheinländern bewiese, daß die Regierung den festen Willen habe, die bolschewistischen Elemente nicht die Oberhand gewinnen zu lassen.

Auf die Möglichkeit des Reichszerfalles wies, wie dasselbe Blatt mitteilte, auch der bayerische Ministerpräsident Eisner hin. In einer Unterredung mit einem Schweizer Vertreter großer Ententeblätter erklärte er, daß in Süddeutschland, vor allem in Bayern, die Lostrennungsbestrebungen bedrohlich anwachsen würden, wenn in Berlin der Bolschewismus zur Herrschaft gelange.

Für die Reichstreue des Rheinlandes

bricht dagegen die Kölnische Volkszeitung eine Lanze, indem sie schreibt:

Die Frage, ob im Rheinlande ernstliche Bestrebungen im Gange seien, die auf eine Lostrennung der Rheinprovinz vom Reiche abzielten, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstrebt bewußt und entschlossen, ebenso wie die übrigen Länder im Reiche ihre Unabhängigkeit von der geistigen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben, in der sie mehr als früher ihren Einfluß geltend zu machen gewillt ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ Mit der Frage der **Zukunft der deutschen Seeschiffahrt** hat sich noch kurz vor seinem Tode der bekannte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie befaßt. Auf Grund eingehender Beratungen mit den Reedereivereinigungen hatte Ballin eine Denkschrift ausgearbeitet, die als Grundlage vorsieht, daß Deutschland seine Handelsflotte zur freien Verfügung behalten soll. Dafür würde Deutschland auf Grund bestimmter Vereinbarungen bezüglich der Preise und Lieferfristen für eine bestimmte Zeit ausschließlich für die Handelsflotte der Entente und insbesondere für England bauen. Der neuen Regierung ist bereits das Projekt übermittelt worden, und es haben bereits Beratungen darüber stattgefunden. Soweit bisher bekanntgeworden ist, hat die deutsche Regierung im allgemeinen den Entwurf Ballins auch zu dem ihrigen gemacht.

✚ Zur Begründung einer **Deutschen Volkspartei** schweben zurzeit zwischen der Leitung der Nationalliberalen Partei und führenden Persönlichkeiten der früheren Fortschrittlichen Volkspartei Verhandlungen über einen Zusammenschluß beider Gruppen zu einer einheitlichen Deutschen Volkspartei.

✚ **Der Thronverzicht in Baden** seitens des Großherzogs und des Thronfolgers, des Prinzen Max, ist nun auch erfolgt. Der Großherzog entbindet alle Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides, um sie in ihrem Gewissen nicht zu hemmen. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Mein und meiner Vorfahren Leitstern war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Mein und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf! Gott schütze mein liebes Badener Land!"

+ Ein neues **Steuerfluchtgesetz**, dessen Hauptbestimmungen folgende sind: Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu verbringen anders als durch Vermittlung der Banken. Banken dürfen einen Auftrag auf Verbringung von Wertpapieren ins Ausland oder auf Gutschrift von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausführen, wenn der Antragsteller in doppelter Ausfertigung eine Erklärung über Inhalt und Zweck des Geschäftes abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die eigenen Geschäfte der Bank fallen nicht unter diese Bestimmung. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Ausnahmen gestatten. Auf Übertretungen sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100 000 Mark Geldstrafe, wahlweise mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

× Der schon mehrfach angekündigte **Einmarsch der Amerikaner** in China und Rußland scheint nunmehr erfolgen zu sollen. So wird aus Tokio gemeldet, daß die Vereinigten Staaten längs der chinesischen Eisenbahn, die die Verbindungslinie der Alliierten mit Sibirien bildet, 60 000 Mann Militär aufstellen wollen. Verhandlungen mit Japan und China, bei denen die beiden Länder ersucht werden, für diesen Zweck Kasernen zu errichten, sind mißglückt. Die Vereinigten Staaten haben jetzt beschlossen, selbst in Charbin Kasernen für zwei Regimenter zu bauen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Nov. Berichte aus Oberschlesien besagen, daß von einzelnen Belegschaften geradezu unsinnige Forderungen, wie sechsstündige Arbeitszeit und 30 Mark Schichtlohn, gestellt werden. Teilweise ist es bereits zu Arbeitseinstellungen gekommen.

Berlin, 23. Nov. In Nordwestdeutschland haben die vereinigten ASR Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Regierungsbezirk Stade, Harburg, Hamburg und Schleswig-Holstein bereits eine neue Republik mit dem Sitz in Hamburg gebildet.

Dresden, 23. Nov. Die Regierung hat ein neues Arbeits- und Wirtschaftsministerium eingeführt.

München, 23. Nov. Der frühere bayerische Kronprinz hat sich nach der Schweiz begeben, wo Besprechungen mit Vertretern des alten Systems in Deutschland und Österreich stattfinden sollen.

Trier, 23. Nov. In acht amerikanischen Automobilen brachte ein amerikanischer Offizier über 150 deutsche Mannschaften nach Trier, die an der Front die Übergabe geleitet hatten.

London, 23. Nov. Lord Robert Cecil und der Nahrungsmittelkontrolleur Clynes sind aus der Regierung ausgetreten.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 26. November.

Sonnenaufgang	7^{42}	Mondaufgang	12^{05} V.
Sonnenuntergang	3^{55}	Monduntergang	12^{41} N.

1812 Rückzug des französischen Heeres über die Beresina. — 1822 Karl August v. Hardenberg gest. — 1857 Dichter Joseph v. Eichendorff gest.

□ **Wandert nicht in die Großstädte!** In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar, in der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiten in den Rüstungsbetrieben sowie auch in anderen Betrieben wird eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangestellten reichlich decken. Es kann deshalb nur aufs dringendste geraten werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben, da sie in den Großstädten nicht auf Unterkunft zu rechnen haben würden.

□ **Jeder Erwerbslose hat Anspruch auf Arbeit oder ausreichende Unterstützung.** Es wird bei dem überaus schwierigen Stand der deutschen Wirtschaft schwer sein, für jeden der heimkehrenden Krieger und für jeden der in der Heimat aus seiner bisherigen Beschäftigung ausscheidet, sofort Arbeit und Verdienst zu schaffen. Es muß also für diejenigen, die zunächst keinen Erwerb finden, gesorgt werden. Die Pflicht zur Unterstützung der vorübergehend Erwerbslosen ist nunmehr geregelt worden und durch eine Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung rechtlich festgelegt. Nach dieser Verordnung haben alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen den Anspruch auf Fürsorge, auch weibliche Personen, wenn sie auf die Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Die Unterstützungen tragen nicht den Charakter des Almosens und haben in keiner Weise die Rechtsfolgen der Armenpflege. Die Unterstützung muß ausreichend sein, d. h. sie muß mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohn erreichen, der für die Ernährer einer Familie angemessen zu erhöhen ist. Kleinerer Besitz (Spargroschen und Wohnungseinrichtung) wird bei der Zuerkennung der Unterstützung nicht berücksichtigt. Einen besonderen Vorteil haben die Kriegsteilnehmer. Für sie darf keine Wartezeit, die in geringem Ausmaß für andere Erwerbslose vorgesehen ist, festgesetzt werden. Die Träger der Erwerbslosenfürsorge sind die Gemeinden, die finanziell vom Reich unterstützt werden und die von den Kommunalaufsichtsbehörden oder von seiten der Landeszentralbehörde zur eiligsten Durchführung der Erwerbslosenfürsorge angehalten werden.

— Preußische Lotterie. Am Samstag fielen: 100 000 Mark auf 92 658; 30 000 Mk. auf 54 248, 129 636; 15 000 Mk. auf 10 028, 87 889; 10 000 Mk. auf 3834, 5467, 206 538; 5000 Mk. auf 22 371, 35 599, 50 968, 92 359, 170 232. Gewinnliste kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Paderborner Stadtchronik.

Generalversammlung des Elisabethvereins.

Die Generalversammlung des Elisabethvereins gestaltete sich wie alljährlich zu einem lauten Bekenntnis für hingebende und opferfreudige Uebung der hl. Caritas. Die von den Pfarrern der Stadt vorgetragenen Rechenschaftsberichte ergaben folgende Einnahmen:

St. Josephskonferenz der Gaukirche	2938,13 Mk.
Liborikonferenz der Dompfarre	2372,32 „
St. Pankratiuskonferenz der Marktkirche	3187,— „
Meinolphuskonferenz der Bußdorfpfarre	1137,73 „
Elisabethkonferenz von Herz Jesu	1688,73 „
Sa.	11 323,91 Mk.

Der hochwürdigste Weihbischof wies auf den Ernst der Zeit und die gebieterische Notwendigkeit hin, jeder Not, sei es körperliche oder geistige, so weit es gehe, zu gründlicher Abhilfe an die Wurzel zu gehen und zeigte, wie die Mitglieder ihre Familienbesuche nutzbringend gestalten könnten, wie sie diese auch benutzen müßten, um die bei den drohenden Gefahren gegenwärtig so dringend nötige Aufklärung in alle Kreise hineinzutragen, um dann den Elisabethvereinen zu zeichnen, wie er sein müßte, als den Verein aller Vereine, der alle übrigen Vereine und alle Organisationen in Stadt und Land heranziehen und alle für seine Zwecke und seine Pflegebefohlenen nutzbar machen müsse. Redner teilte noch mit, daß die 151 Elisabethvereine des Bistums im Jahre 1917 die große Summe 189 721 Mk. aufgebracht hätten.

Der hochwürdigste Bischof Karl Joseph gab in bewegten Worten seiner Freude über das edle und selbstlose Wirken des Vereins Ausdruck und wünschte den zahlreich erschienenen Mitgliedern, daß ihre Tätigkeit im Dienste der Armen sie stets inniger mit ihrem Heilande verbinden möge, um dann auf die Not der gegenwärtigen Zeitlage überzugehen, die alle Gutgesinnten zu einmütigem und entschlossenem Handeln verbinden müsse. Er erinnerte an das Wort der hl. Schrift: „wir harrten auf den Frieden und er kam nicht; wir hofften auf seine Güter, und es kam Verwirrung; da dachten wir unserer Sünden, o Herr, vergiß uns nicht auf ewig" und wies auf die in nächster Zeit bevorstehende Trennung von Kirche und Staat hin. Es werde sich dabei in weitem Maße um die Güter der Kirche handeln, aber weit schlimmer sei es, daß es auch gegen die Seelen der Kinder gehe. In den Kindern eine Gott und die Kirche feindliche Macht heranzuziehen, das sei das Bestreben jener, die Gott und die Kirche aus der Schule und damit aus den Kinderherzen entfernen möchten. Deshalb rufe er die Mütter zum heil. Kampfe für die bedrohten Kinderseelen auf und vertraue fest, daß sie seinem oberhirtlichen Rufe folgen würden. Bei Einbringung kirchenfeindlicher Gesetze in Belgien, ähnlich wie sie bei uns jetzt beabsichtigt wären, hätten sich die Flamländer wie ein Mann erhoben, und ein Sturm der Entrüstung sei durch das Land gezogen. Damals sei das Lied erstanden:

„Sie sollen sie nicht haben
Die Seele von unserm Kind,
So lang man noch im Flamland
Einen echten Flamen find't."

Bei uns müsse es so von jeder katholischen Mutter heißen. Mit dem bischöflichen Segen fand die erhebende Feier ihren stimmungsvollen Abschluß.

*

— Der letzte Novembersonntag war gleichzeitig der letzte in dem nun ablaufenden Kirchenjahr. Nächsten Sonntag haben wir Advent und übermorgen in vier Wochen bereits Weihnachten. So kurz die Zeit bis zu diesem Fest des Friedens auch nur ist, sehr viel steht uns in dieser kurzen Zeitspanne zu erleben noch in Aussicht. Vielleicht sind es ganz schlimme Wochen, die dieses Jahr die Weihnachtsfreude noch einmal verdunkeln, vielleicht packen wir trotz aller Härten unserer Gegner es aber auch in diesen Wochen, wodurch die schwersten Sorgen verscheucht würden. Der Wettergott ist unserem Volke auch jetzt nicht hold, denn infolge des Anhaltens des Frostwetters wird die Gefahr des Erfrierens großer Kartoffelmengen, die noch des Ausmachens harren, immer größer. Die Stadt Paderborn zeigte auch gestern ein sehr lebhaftes Bild. Der Durchzug von Militärtransporten war indes nicht stärker wie bisher. Die ersten geschlossenen Truppenkörper werden aber in den ersten Tagen unsere Stadt erreichen und wir wollen hoffen, daß unsere so sehnsüchtig erwarteten 158er wie unsere Husaren mit dabei sind. Gilt doch ihnen nicht zuletzt der reiche Flaggenschmuck in allen Straßen. Eine kleine Gruppe der 158er traf um 5 Uhr mit der Bahn ein und wurde von der Militärkapelle und gefolgt von einer großen Schar Zivilisten zur Kaserne geleitet. Die in der Stadt umlaufenden Gerüchte, Teile der 158er seien auf dem Rückmarsch widerrechtlich gefangen genommen worden, klingen höchst unwahrscheinlich und entsprechen kaum den Tatsachen. Mit den vielen Gerüchten geht es in der Regel wie mit den Lügen; sie haben kurze Beine.

— Am gestrigen Sonntag feierten unsere evangelischen Mitbürger das Totenfest. Die Gottesdienste waren stark besucht und auch die Grabstätten bildeten das Ziel Vieler, besonders in den sonnigen Nachmittagsstunden.

— Zur Behebung des Kohlenmangels, der zurzeit in den verschiedenen öffentlichen Anstalten, insbesondere den Reserve-Lazaretten und der Hebammen-Lehranstalt herrscht, sollen die großen Koksbestände auf dem Flugplatz leihweise herangezogen werden. Außerdem wird zur Beseitigung des allgemeinen Brennstoffmangels vom Volks- und Soldatenrat beabsichtigt, bis auf weiteres an verschiedenen Wochentagen Lastautomobile nach der Zeche Unna-Königsborn zur Heranschaffung von Kohlen zu entsenden.

— Zur Frage der Wahlen zum erweiterten Volksrat findet laut Anzeige heute abend 8 Uhr eine Besprechung in der Domkellerei statt.

— Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins macht bekannt: Auf unsere an die Mitglieder des Vereins gerichtete Bitte, Weihnachtsgaben für die Truppen zu beschaffen, erhielten wir eine Anzahl Pakete und bares Geld. In unserer letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen, die Pakete als Weihnachtsgaben in die hiesigen Lazarette zu geben und auch das Geld zur Beschaffung von Weihnachtsgaben für die Lazarette zu verwenden. Wir nehmen an, daß alle freundlichen Geber mit dieser Verwendung einverstanden sind; herzlicher Dank sei allen denen gesagt, die uns so reichlich bedachten.

— Gutsbesitzer Johann Grote wurde zu dem Allgemeinen Ehrenzeichen das Kreuz zu demselben verliehen.

— Zur Einquartierung. Wie bereits mitgeteilt, befindet sich die Armee Prinz Rupprecht von Bayern auf dem Anmarsch in Westfalen. Die Armeeleitung soll zum großen Teile hier Quartier beziehen. Das in der Stadt umlaufende Gerücht, Kronprinz Rupprecht käme ebenfalls nach Paderborn, ist indes unzutreffend. Der Prinz hat, wie wir erfahren, ebenfalls bereits in Holland Aufenthalt genommen. Nach Paderborn kommt aber ein Neffen des Kronprinzen, Prinz Luitpold, welcher in dem herrschaftlichen Hause Hesse an der Westernstraße Quartier beziehen wird, an dem heute schon neben der deutschen auch die bayerische Fahne weht. Für die Generäle und andere hohe Offiziere sind ebenfalls in Herrschaftshäusern Quartiere bereits bestellt worden. Die ersten geschlossenen Formationen der Heeresgruppe sollten heute oder morgen Paderborn erreichen. Ein verspätetes Eintreffen ist indes nicht ausgeschlossen. Im ganzen sollen 34 000 Mann hier Unterkunft finden. Die Truppen sollen in Massenquartieren untergebracht werden und bringen Beköstigung mit.

Es herrscht **größter Mangel an Brennstoffen, insbesondere an Kohlen.** Eine geregelte Zufuhr ist durch die starke Inanspruchnahme der Bahnen zu militärischen Transporten nicht möglich. Es wird hiermit zu äußerster Sparsamkeit im Verbrauch von Kohlen und Koks ermahnt. Den eifrigen Bemühungen des A.- und S.-Rates gelang es zwar, vor einigen Tagen einen Kohlenzug heranzuführen, doch war es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, da keine Bestände mehr vorhanden waren. Die Kohlenhändler haben strenge Weisung erhalten, nur kleine Mengen auszugeben.

Der Traum in Feindesland

Roman von Justus Schoenthal.

(Nachdruck verboten.)

50. Fortsetzung.

Von mehreren Lastwagen herab wurden soeben große, viele Zentner schwere Rollen weißlichgrauen Papiers in den Keller hinabverladen . . . Fort und fort fluteten Leute mit großen und kleinen Päckchen, besser gekleidete und Leute in Arbeitsblusen, Männer und Frauen über den Hof. Es war ein ewiges Kommen und Gehen und sah von oben reichlich zwecklos aus . . . Er blickte nach rechts hinüber in ein riesiges Saalfenster und sah an langen Tischen fertiggefalzte Zeitungen liegen und emsige Frauenhände damit beschäftigt, sie abgezählt in kleineren und größeren Packen den zumeist jugendlichen Verkäufern auszuhändigen . . . Und er begann plötzlich die prickelnde Unruhe und jagende Hast, die von diesem häßlichen Häuserviereck ausging, im eigenen Blute unangenehm zu verspüren. Wie ein Film rollten sich die Bilder vor ihm ab, und dazu erdröhnte das Haus von einem unerträglichen Lärm, dem taktmäßigen Stampfen der ungeheuren Rotationsmaschinen, die beharrlich die Riesenauflagen der Southriffeschen Blätter hinausspien.

Höchst sonderbar mutete den Minister dieses Getriebe an; er verglich es insgeheim mit einem ins Übermenschliche vergrößerten Bienenstock. Er dankte seinem Schöpfer, daß er kein Zeitungsmensch zu sein brauchte . . .

Er zog die Uhr . . . Hier im Vorzimmer zu warten, war bei Gott auch kein Vergnügen . . . Man schien nicht übermäßig zuvorkommend zu sein in diesem Hause. Er wäre gern ungnädig geworden. Aber das hätte wohl an diesem Orte wenig Zweck versprochen.

Da öffnete sich auch schon die Tür, und der Zeitungskönig erschien auf der Schwelle.

„Ich bin erfreut, Exzellenz bei mir zu sehen, bitte um Verzeihung, wenn ich nicht sofort zur Verfügung stand . . . Diesen Tag werde ich rot in meinem Kalender anmerken, als Fest- und Feiertag des Hauses Southriffe. Darf ich bitten?"

Und er geleitete den Besucher über den Gang in sein Zimmer.

Der Minister glitt in einen Sessel und stellte mit einiger Betrübnis fest, daß dies Arbeitszimmer unstreitig gemütlicher eingerichtet war, als sein eigenes im Kriegsamt.

Der Zeitungskönig setzte sich an seinen Schreibtisch und betrachtete den Minister mit unverhohlener Neugierde.

„Exzellenz rauchen gewiß eine leichte Havanna? Es plaudert sich angenehmer."

Der Minister nahm dankend an.

„Das ist gewiß, — fuhr Southriffe fort, — eine sehr dringende und ernste Sache, die Exzellenz zu mir führt?"

„Das ist es allerdings", bemerkte der Minister hart und zerzauste seiner Gewohnheit gemäß die Wildnis seines Schnurrbarts. Er machte eine kleine Pause, sah sein Gegenüber finster an, als wollte er den Lord einschüchtern, und begann dann wieder:

„Ich bin nämlich einem ganz fürchterlichen Verbrechen auf die Spur gekommen, einem Hochverrat, wie die Geschichte seinesgleichen nicht kennt. Und Spuren davon führen sogar — — ich bitte, nicht zu erschrecken — — sogar zu Ihnen."

„Zu mir? Wollen Exzellenz nicht deutlicher werden?"

„Gewiß. Gerne. — Zu diesem Zweck" — — er atmete tief auf und sagte auf gut Glück — — „zu diesem Zweck werden Sie mir die Papiere aushändigen, die Ihnen Hauptmann Longford zur Aufbewahrung übergeben hat."

Lord Southriffe ließ sich tatsächlich überrumpeln.

„Wie? Hat er Sie vielleicht dazu ermächtigt, diese von mir einzufordern?"

Der Minister lächelte zufrieden.

„Das nicht. Aber ich weiß, daß Sie Papiere besitzen, die für diese Verbrechergeschichte von hohem Werte sind."

„Ich bedaure, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können. Diese Papiere werde ich Euer Exzellenz nicht ausliefern."

„Und warum nicht?"

„Weil ich dem, der sie mir zur Aufbewahrung übergab, das Versprechen ableistete, sie nur ihm selbst zurückzugeben oder mit seiner Genehmigung zu öffnen und nach Gutdünken zu verwerten. Und ein Lord Southriffe hält sein Wort!"

„Auch einem Lügner un Betrüger gegenüber? — Es ist erwiesene Tatsache, daß ein Betrüger Ihre Gastfreundschaft mißbrauchte!"

„Das vermag ich nicht zu entscheiden. Aber selbst wenn andere Leute sich gegen mich nicht vornehm betragen, so gibt das mir noch lange kein Recht, ein gleiches zu tun. — es müßte denn sein, daß —"

Er hielt inne und sah seinen Besucher durchdringend an.

„Es müßte denn sein, daß —" ermutigte dieser.

„Daß in der Tat höhere Interessen im Spiele ständen", vollendete zögernd der Lord.

Und mit einer Stimme, die keinen Widerspruch duldete, erwiderte grollend der Minister:

„Steht Ihnen das Interesse des Staates, die Gefahr, in der das Reich schwebt, nicht hoch genug?"

„Es ist nicht bewiesen, daß das britische Reich bedroht ist. Vorläufig höre ich die Fugen noch nicht krachen."

„Ich habe Beweise . . ."

„Wo, wenn ich fragen darf?"

„Unter den Papieren, die Sie in Händen haben!"

„Die stehen nicht zur Sprache!"

„Aber Longford hat mir ja selbst ein Geständnis abgelegt . . ."

„Schriftlich?" fragte der Lord dazwischen.

„Genügt Ihnen mein Wort nicht?"

„In diesem Falle genügte mir nicht einmal das Wort des Königs!"

„Soll ich Ihnen vielleicht den Coroner mit seinen Konstablern zur Haussuchung kommen lassen?"

„Sie drohen mit Gewalt, Exzellenz?"

„Ich bin dazu gezwungen, wenn Sie nicht nachgeben, Mylord."

„Gut, dann sollen Sie Ihren Willen haben. Die Verantwortung trifft nicht mich!"

Er drückte auf den Klingelknopf an seinem Schreibtisch.

Aus dem Nebenzimmer trat ein jüngerer Herr herein, dessen gepflegte Erscheinung wohltuend berührte.

„Mein Privatsekretär, Herr Courtman", stellte der Lord vor. — „Bitte, lieber Courtmon, schließen Sie den Kassenschrank auf! Hier sind die Schlüssel!"

Die schwere Panzerstahlplattentür bewegte sich geräuschlos nach außen und eröffnete den Blick auf die Stahlfächer im Innern. Das unterste Fach stand offen. Geschäftsbücher lagen darin. Darüber waren zwei Reihen gleichgroßer Fächer angebracht.

„Öffnen Sie das mittlere Fach links . . . ja, dieses! . . . Bitte, drücken Sie auf den Knopf, der sich hinter dem Schloßrahmen befindet . . . weiter oben . . . da!"

Aus der Seite sprang mit leichtem Federdruck ein Fach auf.

(Fortsetzung folgt.)

* **Warnung.** Der Arbeiter- und Soldatenrat sowie der Volksrat warnen die Bevölkerung recht eindringlich vor dem Ankauf von militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken. Leider bieten gerade in den letzten Tagen die von der Front kommenden Soldaten alle möglichen Sachen zum Verkauf an und bedenken nicht, wie schwer sie dadurch den Staat und unser Wirtschaftsleben schädigen. Gegenstände von hohem Wert werden durch solches Gebaren der gemeinnützigen Verarbeitung und Verteilung entzogen. Es ergeht hierdurch nochmals die Aufforderung, den Ankauf von Militärgut im Wege der Hehlerei zu unterlassen. Zur Ablieferung der unberechtigt erworbenen Stücke wird die vor einigen Tagen bis zum 27. November abends 7 Uhr gestellte Frist bis zum 30. November abends 7 Uhr verlängert. Bis zu dieser Zeit können bei Zusicherung von Straffreiheit und ohne Namensnennung die bezeichneten Gegenstände auf dem Büro des A.- und S.-Rates, Grube 1, Zimmer 13, sowie auf der Bekleidungsstelle der Stadt Paderborn, Kötterhagen 4, bis abends 7 Uhr abgegeben werden. Nochmals wird hierdurch die allerstrengste Bestrafung denen angedroht, die nach dem angegebenen Zeitpunkte noch unbefugt Militärgut besitzen.

* **Die Entlassung** der zum Militär einberufenen Angehörigen der reichsgesetzlichen Familienunterstützungs-Empfänger ist pflichtgemäß sofort beim Kreisausschuß — Zimmer 8 — anzumelden.

Q Die Volksgesundheit erfordert, daß das Publikum immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, bei allen **Erkrankungen,** insbesondere ansteckenden und Geschlechtskrankheiten, keine Kurpfuscher, sondern nur wissenschaftlich und praktisch gebildete Aerzte zu Rate zu ziehen. Sehr oft kann der Arzt feststellen, daß durch Eingreifen ungeeigneter Hände die Aussichten auf Heilung gering oder aussichtslos geworden sind. Falls an das Publikum Kurpfuscher herantreten, sind sie sofort zur Anzeige zu bringen, damit gegen sie vorgegangen werden kann.

= **Dringende Bauarbeiten.** Das Bischöfliche Generalvikariat erläßt, um Arbeitsgelegenheit für die heimkehrenden Krieger zu schaffen, einen Erlaß, in dem es heißt: Für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist von allergrößter Bedeutung, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Männer in der Heimat Arbeit und Brot vorfinden. Den Herren Geistlichen wird daher aufs wärmste empfohlen, bei den Kirchenvorständen dahin zu wirken, dem Gebot der Stunde Folge zu leisten und nach Kräften für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es sind daher in erster Linie Reparaturarbeiten, sodann auch Neubauten von Kirchen und kirchlichen Gebäuden mit möglichster Beschleunigung in Angriff zu nehmen und zu fördern und dahingehende Baugesuche uns tunlichst schnell zur Genehmigung vorzulegen.

Lippspringe.

L Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe ist dem Leiter der Lehrwerkstätte der Kriegsbeschädigtenschule Lippspringe, Gefreiter Müller verliehen worden.

Von Nah und Fern.

◎ **Aus dem Kreise Büren,** 22. Nov. **Der Vorsitzende eines Arbeiterrates als Schieber!** Daß die heutige Umwälzung auch viele Elemente zu Amt und Würden gebracht hat, die keineswegs im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten bestrebt sind, dafür hat man schon mehrfache Beispiele. Ein neues wird uns in folgendem mitgeteilt: Der Vorsitzende des Arbeiterrates Linnemann in Büren und der Schuhmacher und Landwirt Rüther in Steinhausen, ebenfalls Mitglied des Arbeiterrates, sind als Lebensmittel-Schieber und Wucherer entlarvt worden. Ein Beamter vom Stellvertretenden Generalkommando 7. A.K. und des General-Soldatenrates, welcher sich seit einigen Tagen in Büren aufhielt, ermittelte, daß Linnemann und Rüther von Landwirten 200 Zentner Wicken unter Ueberschreitung der Höchstpreise aufgekauft und zu dem enormen Preise von 32 000 Mark ins Industriegebiet verschoben hatten. Hierbei sollten Linnemann und Rüther einen Gewinn von 16 000 Mark erzielen. Rüther scheint sich schon früher mit derartigen unsauberen Geschäften abgegeben zu haben, denn er war im Besitz von 1000 neuen Säcken, die er von einem Dritten bereits zugesandt erhalten hatte. Nur der rastlosen Tätigkeit des Kriminalbeamten ist es zu verdanken, daß den Wucherern ihre Beute wieder abgejagt und das Geld nicht in ihre Hände gelangt ist. Bezeichnend ist dabei, daß Linnemann als Vorsitzender des Arbeiterrates stets große Töne gegen Wucherei und Schleichhandel, der aufs schärfste bekämpft werden müßte, redete, während er selber zu gleicher Zeit den Schleichhandel im Großen betrieb. Auch ein Zeichen der Zeit!

|| Aus dem Sauerlande, 25. Nov. Im Sauerlande treibt sich ein Schwindler herum, der Besitzer von Klavieren aufsucht und sich als Stimmer und Reparateur anbietet. Vor kurzem war er in Niedersleckenberg und gab betrügerischerweise an, von der Pianofabrik Roth & Junius in Hagen zu kommen. Er ließ sich für eine Pfuscharbeit, etwas Stimmen und Reparieren, 75 Mk. bezahlen. Vor dem Schwindler sei gewarnt.

+ Bielefeld, 24. Nov. Die hiesige Textilindustrie hat eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden beschlossen bei gleichzeitiger Erhöhung des Akkord- und Stundenlohns zum Ausgleich des Lohnausfalls.

■ Biebrich, 24. Nov. Auf dem Oberrheinischen Bahnhof wurden nachts desertierte Soldaten und Zivilisten beim Plündern eines Wagens mit Militärgut ertappt und verhaftet. Der Soldaten- und Arbeiterrat ließ sie sofort erschießen.

× Elberfeld, 22. Nov. Vierzig Soldaten besetzten heute den Betrieb der hiesigen rechtssozialistischen „Freien Presse" für die Spartacusgruppe, entfernten die bisherigen Redakteure und setzten dafür zwei Spartacusleute als Redakteure ein.

= Ohligs, 24. Nov. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat ordnete an: „Sämtliche Fahnen unterliegen der Beschlagnahme, auch die, die sich in Privatgebäuden befinden. Sie sind sofort im Rathaus, Polizeibüro, gegen Quittung abzuliefern. Diese Maßnahme wurde getroffen, um, soweit es in unsern Kräften steht, die Wäscheversorgung der Wöchnerinnen und Säuglinge sicherzustellen." Die Stadtverwaltung wird in Berlin Auskunft einholen, ob die Beschlagnahme berechtigt ist.

△ Bonn, 24 Nov. An der Ecke von Kaiser- und Weberstraße stieß ein Militärkraftwagen mit der elektrischen Bahn Bonn-Geresberg-Mehlem zusammen. Dabei wurden zwei Soldaten getötet und einige verletzt. Wie in der Sitzung des Arbeiter-, Bürger- und Soldatenrats mitgeteilt wurde, sind aus den militärischen Lagern in der Nacht vom 8. zum 9. November d. J. für über drei Millionen Mark Lebensmittel und Waren entwendet worden.

)-(Offenbach, 24. Nov. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat befohlen, die militärische Vorbildung der Jugend in der seitherigen Form einzustellen. Die Jugendwehren in der Stadt und im Kreise Offenbach müssen aufgelöst werden. Das Tragen von Uniformen, Abzeichen, Waffen durch die Jugendwehren ist verboten

Vermischtes.

● **Ein österreichischer General ermordet.** Krakauer Blätter veröffentlichen eine Mitteilung des Dr. Rzogecinski, österreichischer Spitalkommandant in Prosturov in der Ukraine, über die dort herrschende Anarchie. Soldaten stürmten das Gebäude, in dem sich der österreichische General Hoffmann befand und vollzogen an ihm die Prozedur des Armbindens, einer Strafe, die er selbst häufig über Soldaten verhängt hatte. Betrunkene Soldat töteten dann den General durch Bajonettstiche und verbrannten seine Leiche. Seiner Familie gelang es, in bäuerlicher Kleidung zu entfliehen, sonst wäre ihr dasselbe Schicksal bereitet worden. Die Soldaten bemächtigten sich dann der Kasse des Oberkommandos, in der sich 80 Millionen Kronen befanden, und verteilten das Geld unter sich.

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

Die deutschen Überseedampfer in Sicherheit.

Berlin, 23. Nov. Von einem deutschen Gewährsmann wird berichtet, daß die deutschen Übersee-Handelsdampfer sämtlich, mit Ausnahme der „Gneisenau", welche in Reparatur liegt, rechtzeitig den belgischen Häfen nach Holland entkommen sind. Auch ist ihnen die Feindseligkeit der Bevölkerung besonders stark aufgefallen.

Ausgleich in der Provinz Posen.

Posen, 23. Nov. Im Auftrage der Provinzialversammlung der ASR der Provinz Posen wurden zwei Delegierte nach Ostrowo gesandt zwecks Ausgleichung der nationalen Gegensätze. Es wurde ein gemeinsamer Soldatenrat gegründet, bestehend aus 4 deutschen und 4 polnischen Mitgliedern, dem sich der Arbeiterrat angeschlossen hat, obwohl die Bevölkerung überwiegend polnisch ist. In Ostrowo soll vollkommene Ruhe herrschen.

Kroatien unter Habsburgs Zepter?

Agram, 23. Nov. Die großslawischen Kreise erklären es für eine große Gefahr für das Kroatentum, wenn das Land unter die Herrschaft der Dynastie Karageorgewisch käme. Der katholische Klerus tritt offen für die Habsburger ein, mit denen nach Ansicht weiter Kreise der kroatische Nationalrat ein geheimes Abkommen getroffen hat. Kaiser Karl habe die Flotte ausgeliefert, weil er auf den Thron des südslawischen Staates hoffe.

Die Rumänen in der Bukowina.

Wien, 23. Nov. Die ganze Bukowina ist von rumänischen Truppen besetzt worden.

Ungarn gegen serbische Übergriffe.

Budapest, 23. Nov. Der ungarische Ministerpräsident reist über die Schweiz nach Paris, um mit der Entente Fühlung zu nehmen und Beschwerde einzulegen gegen die Übergriffe serbischer Truppen.

Admiral Koltschak zum Diktator ernannt.

Charbin, 23. Nov. Wegen der kritischen Lage in Rußland hat die Regierung in Omsk beschlossen, dem Admiral Koltschak mit den Vollmachten eines vorläufigen Herrschers auszustatten.

Am Mittwoch, d. 27. 11., vormittags 10 Uhr
werden in der **Schloßkaserne** zu **Neuhaus**
eine größere Anzahl
Pferde

die arbeitsfähigen unter Ausschluß der Händler, versteigert.
Nachrichten - Ersatz - Abteilung 7,
Neuhaus.

Selbsthülfe-Verkauf.
Mittwoch, den 27. November, mittags 12 Uhr wird bei der Wirtschaft Dreier, Riemekestraße 54 in Paderborn
1 Pferd

6½ jährig, braune tragende platte Belger Stute gemäß §§ 383 ff. BGB. für Rechnung dessen den es angeht öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.
Beckmann,
Gerichtsvollzieher, Paderborn.

Bekanntmachung.
Vom Garnison-Kommando Paderborn wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die in nächster Zeit stattfindenden
Pferde-Verkäufe
in erster Linie Landwirte und Gewerbetreibende als Käufer in Frage kommen. Behördlich abgestempelte Ausweise sind mitzubringen.
Das Garnison-Kommando.

Mitbürger!
Auf die Bekanntmachung im lokalen Teil der Tageszeitungen werden alle Bürger sämtlicher Berufsklassen zwecks Vornahme der erwünschten Wahlen für den Volksrat bezw. den erweiterten Volksrat zu einer
Versammlung
auf heute abend 8 Uhr
im Saale der Domkellerei Goertz, Markt dringend eingeladen.
Einige Bürger.

Kaufe jedes Quantum
Eichen- und Fichtenrinde
und suche tüchtige Aufkäufer gegen gute Provision.
H. Uff.
Cordel, Bezirk Trier.

Ackerleinen, Fahrleinen, Hanf-Bindfaden,
kein Papier, sowie sämtliche Seilerwaren bietet an
H. Balke jun.,
Seilerwarenfabrik,
Wolfenbüttel, Leopoldstr. 1.

Kaufmännische Ausbildung,
Weiterbildung für Damen und Herren im Gruppen- :: und Einzel-Unterricht :: Ausführl. Lehrplan frei.
Blunck & v. Boehn, Cassel 40.

Klavierstimmen
Stimmungen und Reparaturen werden wieder angenommen.
Unsere Techniker führen gestempelten Ausweis bei sich.
Roth & Junius
Piano- und Flügelfabrik,
Hagen i. W. Tel. 184.

Bekanntmachung.
Die Entlassung der zur Verwaltungsstelle für die Deutschrussen, Litauer, Letten und Esten im Bereich des VII. A.-K. Schloß Holthausen bei Büren i. Westf. gehörigen Gefangenen ist bereits in vollem Gange. Damit die Entlassung ordnungsmäßig durchgeführt werden kann und eine Prüfung der Gebührnisse ermöglicht wird, ist es unbedingt erforderlich, daß die oben genannten Gefangenen sämtlich erst zum Lager Holthausen zurückkehren. Von hier aus werden die Leute dann sofort in die Heimat geschickt.

Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte, Behörden und Arbeitgeber werden dringend gebeten, die Kriegsgefangenen nicht als feindliche Ausländer zu behandeln und keinerlei Bescheinigungen auszustellen, durch die die Gefangenen veranlaßt werden, unter Umgehung des Lagers Holthausen unmittelbar nach Rußland zurückzukehren.

Eine größere Anzahl deutschstämmiger Kriegsgefangener beabsichtigt, dauernd in Deutschland zu bleiben. Diese Leute stellen für unser Volkstum einen wertvollen Zuwachs dar. Sie werden daher von hier aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und bis zur erfolgten Einbürgerung bestimmten Zivilbehörden überwiesen. Die Einbürgerungsanträge dieser Leute, welche sich zum Teil während des Krieges mit deutschen Mädchen verheiratet haben, liegen bereits beim „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer in Berlin, Schönebergerufer 21" vor. In Zweifelsfällen werden die Behörden gebeten, sich an diesen Verein zu wenden. Auf jeden Fall muß es vermieden werden, daß deutschstämmige Gefangenen, welche in Deutschland bleiben wollen, als feindliche Ausländer behandelt und nach Rußland abgeschoben werden.

Alle Arbeitgeber, deren Gefangene ihre Arbeitsstelle bereits verlassen haben, werden gebeten, zwecks Prüfung der Gebührnisse erneut auf Postkarte nach hier mitzuteilen, wann die Leute ihre Arbeitsstellen verlassen haben. Die Absendung der Postkarte wird auch für den Fall erbeten, daß die Mitteilung bereits einmal erfolgt ist.

Der Soldatenrat und die Leitung der Verwaltungsstelle für die Deutschrussen, Litauer, Letten und Esten im Bereich des VII. A.-K.
Schloß Holthausen b. Büren i. Westf.

Die Agentur
des
Lippspringer Anzeigers
ist zu vergeben. Mit der Agentur ist ein **Nebeneinkommen von ca. 1000 Mark** jährlich verbunden, daß von rührriger Persönlichkeit noch erheblich gesteigert werden kann. Verlangt wird pünktliches Austragen des Anzeigers. Für zuverlässige Leute, auch Kriegerwitwe oder Kriegsbeschädigten dauernde u. lohnende Nebenbeschäftigung.
Meldungen richte man an die Geschäftsstelle des
Paderborner Anzeigers,
Paderborn, Bahnhofstraße 13.

Bekanntmachung.
Die Empfänger der reichsgesetzlichen Familienunterstützung werden aufgefordert, die Beurlaubung bezw. Entlassung der zum Militär einberufenen Angehörigen sofort beim Kreisausschuß — Zimmer 8 — anzuzeigen.
Kreisausschuß Paderborn.

Naturheilverfahren
und biochemisch-homöopatische Heilpraxis
Wilhelm Battrè,
Paderborn, Wilhelmstraße 5 I. (Nähe Westernior)
Nach 4 Jahren aus dem Felde zurückgekehrt habe ich meine
Praxis wieder aufgenommen.
Ich behandele sämtliche Krankheiten.
Sprechstunden: Werktags 8—10 u. 2—4 Uhr.
Sonn- u. Feiertags von 9—12 Uhr.

Vaterländischer Frauenverein.
Der Nähnachmittag fällt **am Dienstag, den 26. November aus,** er findet erst am Dienstag, den 3. Dezember (Kilianstr. 28) statt.
Der Vorstand.

Verschossene Militär-Mäntel u. Anzüge
werden auf neu gefärbt und gereinigt.
Färberei
Galluschke
Waschanstalt.
Paderborn, Westernstraße 30.
Detmold, Langestraße 20.

Fritz Ritter,
Nähmaschinen-Handlung,
Paderborn, Markt 8,
empfiehlt sämtliche
Zubehörteile,
für Nähmaschinen aller Systeme,
auch prima harz- u. säurefreies Oel, lose und in Flaschen. — Reparaturen schnell und fachgemäß.

Bekanntmachung
Die diesmonatliche Ausgabe der
Zulagekarten für Schwerarbeiter
erfolgt im Landratsa[illegible] Paderborn, Zimmer 13, in der Zeit vom 25. bis 30. November 1918, vormittags von 9—12 Uhr.
Paderborn, d. 22. Nov. 1918.
Der Kommunalverband.

Bekanntmachung
Der Verkauf der verfallenen Pfandstücke bis ind. Nr. 2370 als
Uhren, Ringe usw.
sowie ein kleiner Ofen mit Rohr u. dergl. findet am
Mittwoch, den 27. Nov. 1918, vormittags 10 Uhr
in den Geschäftsräumen der Pfandleihanstalt, Marienplatz Nr. 16, statt.
Der Vorsitzende.

Geschw. Püttma[illegible]
Spezial-Geschäft für feinen Damen-Putz
Täglich Eingang aparter Neuheiten.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.